

Wegen Spionage für Großbritannien wurde der ehemalige Oberst des russischen Militärgeheimdiensts, Sergei Skripal, 2006 in Moskau zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Er soll die Identität russischer Agenten in Europa an den MI6 verraten und dafür 100 000 Dollar erhalten haben. Vier Jahre später kam er bei einem Agentenaustausch frei. Er ließ sich unter seinem Klarnamen in Salisbury südwestlich von London nieder.

Der Spion und das Nervengift

Am 4. März werden Skripal (66) und seine Tochter Julia (33) bewusstlos auf einer Parkbank in Salisbury gefunden. Laborärzte stellen fest, dass sie mit „Nowitschok“ (deutsch: Neuling) vergiftet wurden. Sowjetische Militärs hatten während des Kalten Krieges rund **100** Varianten dieses tödlichen Nervenkampfstoffs entwickelt. Wegen der mutmaßlichen Herkunft des Giftes beschuldigt die britische Regierung Russland der Tat. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) und der UN-Sicherheitsrat werden mit dem Fall befasst.



Es folgt ein diplomatischer Schlagabtausch, wie es ihn noch nie gegeben hat. London weist **23** russische Diplomaten aus und verhängt wirtschaftliche Sanktionen. Russland erklärt die gleiche Anzahl britischer Diplomaten zu unerwünschten Personen. Mehr als 25 westliche Staaten, darunter viele EU-Länder, solidarisieren sich mit London und weisen über **140** Mitarbeiter russischer Botschaften aus. Allein 60 Russen müssen die USA verlassen. Moskau reagiert nach biblischer Logik und weist dieselbe Zahl westlicher Diplomaten aus, unter ihnen auch vier deutsche Botschaftsangehörige.

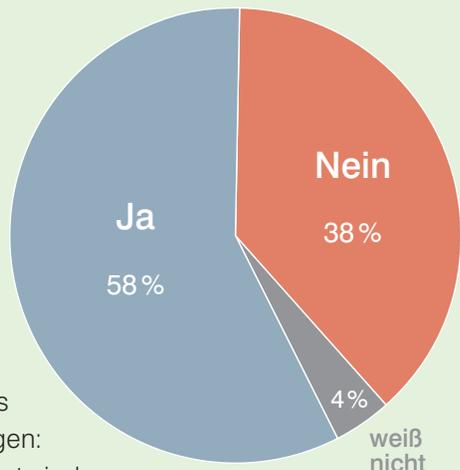
In London erinnert der Fall Skripal an weitere ungeklärte Todesfälle russischer Staatsbürger wie 2006 die Vergiftung von Alexander Litwinenko durch Polonium. BuzzFeed berichtete 2017, US-Behörden würden insgesamt **14** Todesfälle in Großbritannien mit russischen Sicherheitsdiensten und der russischen Mafia in Verbindung bringen. Dagegen hatten die britischen Behörden in all diesen Fällen Fremdeinwirkung ausgeschlossen. Weltweit sind seit 2016 außerdem **8** russische Botschafter, Politiker und Ex-Agenten unter verdächtigen Umständen ums Leben gekommen.

„Wir halten es für überaus wahrscheinlich, dass es seine (Putins) Entscheidung war, dass zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg Nervengift auf den Straßen Großbritanniens, auf den Straßen Europas eingesetzt wurde.“

BORIS JOHNSON – BRITISCHER AUSSENMINISTER

Soll Deutschland höhere Beiträge an die EU zahlen, wenn die EU dafür mehr Aufgaben übernimmt?

Eine Mehrheit von 58 Prozent der Bundesbürger ist dafür, mehr Geld in den Haushalt der Europäischen Union einzuzahlen als bisher, wenn die EU dafür künftig mehr Aufgaben in der Flüchtlingspolitik, der Außen- und Verteidigungspolitik oder beim Klimaschutz übernimmt. 38 Prozent finden das nicht richtig. Die neue Bundesregierung hatte diesen Schritt im Koalitionsvertrag vereinbart.



Die höchste Zustimmung findet die Zusage Berlins an die Adresse der EU unter den 18- bis 29-Jährigen: 76 Prozent unterstützen den Vorstoß, nur 23 Prozent sind dagegen. Mit Blick auf das Bildungsniveau sind Befragte mit Abitur oder einem Studienabschluss mit 68 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich stark dafür, mehr für Europa zu zahlen, während die Unterstützung bei Befragten mit Hauptschul- (43 Prozent) und Realschulabschluss (47 Prozent) deutlich geringer ist.

Anhänger der	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Ja	56%	70%	81%	62%	70%	23%
Nein	38%	26%	16%	38%	27%	77%
weiß nicht	6%	4%	3%	–	3%	–

Datenbasis: 1001 Befragte in Deutschland. Statistische Fehlertoleranz: + / – 3 Prozentpunkte.
Erhebungszeitraum: 10. bis 11. April 2018. Quelle: Forsa

Mit Blick auf die parteipolitische Präferenz sind es insbesondere Anhänger der Grünen (81 Prozent), der SPD und der FDP (jeweils 70 Prozent), die die Ankündigung überdurchschnittlich stark befürworten. Wähler der CDU/CSU liegen dagegen mit 56 Prozent Zustimmung knapp unter dem Durchschnitt. Besonders groß ist die Ablehnung bei den Wählern der Alternative für Deutschland (AfD): Unter ihnen befürworten nur 23 Prozent den Vorstoß, 77 Prozent sind dagegen.